

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschaffung
Tageblatt Riesa.
Herrnrat Nr. 20.
Vorstand Nr. 42.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Kriminalanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherweise bestimmte Blatt.

Hofschreitorte
Dresden 1588.
Sitzstelle:
Riesa Nr. 48

Nr. 76.

Montag, 31. März 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Gehöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Geführe für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wochentagen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Gründschrift-Säge (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Metallmägele 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufdruck, Postkarte. Benötigter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Mittägliche Unterhaltungsbeiträge erzähler an der Elbe". — Im Halle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ingenieurwissenschaftliche Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Förderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Ernennung des Kabinetts Brüning.

Die neue Regierung am Dienstag vor dem Reichstag.

Das Kabinett Brüning-Schiele.

Als der Beauftragte des Reichspräsidenten am Sonnabend nachmittag 4 Uhr den Reichstag verließ, um Herrn von Hindenburg einen Zwischenbericht zu erstatten, war man im Parlamente allgemein der Auffassung, daß Dr. Brüning seine ursprüngliche Absicht, die Herren Schiele und Trebitsch-Linawsky ins Kabinett zu nehmen, aufgegeben habe und sich bemühen werde, ein Kabinett der Mitte zu bilden. Dieser Plan Dr. Brünings scheiterte daran, daß Herr von Hindenburg den dringenden Wunsch ausprach, nicht nur den Führer der volkskonservativen Gruppe, Trebitsch-Linawsky, sondern auch den früheren Reichsnährungsminister Schiele im neuen Kabinett zu sehen. Der Wunsch des Herrn Präsidenten war für den alten Frontsoldaten Dr. Brüning Befehl.

Das neue Kabinett erhält sein charakteristisches Gepräge durch vier Persönlichkeiten: Dr. Brüning, Martin Schiele, Trebitsch-Linawsky, Dr. Bredt. Der neue Reichskanzler Dr. Brüning besitzt nicht das politische Fingerspitzengefühl Dr. Wirths, auch nicht die Energie, die ein Schenck und Gründer besaßen, auch nicht den rheinischen Humor eines Trimborn, wohl aber die Weisheit, das Autoritätsgefühl und das Verantwortlichkeitsbewußtsein eines Wilhelm Marx. Welche anderen politischen Qualitäten er aufzuweisen hat, muß seine Kanzlerschaft in den nächsten Tagen zeigen.

Der größte Tragweite ist der Eintritt des Reichsbundsführers Schiele in das neue Kabinett. Die Übernahme des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft dürfte nicht nur für die deutsche Landwirtschaft des Ostens von größter Bedeutung werden, sondern ihre Auswirkung auch auf das gesamte Parteiensystem der Rechten in Deutschland geltend machen". Es ist die Wicht Martin Schieles, den Weizenpreis auf 200 RM. je Tonne, den Roggenpreis auf 230 RM. und den Schweinepreis auf 75 RM. zu stabilisieren und die einer so heftig umstrittenen Einfuhrbeschränkung wieder einzuführen. Seine weitere Forderung auf gleichzeitige Umgestaltung der Staatsverhältnisse in Preußen ist bekanntlich von Dr. Brüning abgelehnt worden. Dagegen fand ihm Dr. Curtius hinsichtlich seiner handelspolitischen Wünsche, wie wir hören, weit entgegen. Auch in der Polenfrage wurde grundsätzlich eine Verständigung zwischen Schiele, Dr. Brüning und Dr. Curtius erzielt. Die deutschnationalen Presse ist über diese Vereinbarungen am Sonntag morgen teilweise noch nicht unterrichtet. Die dem Abgeordneten Schiele aber näherstehenden Zeitungen, die "Kreuzzeitung" und "Deutsche Tageszeitung", nehmen im Gegensatz zur Augsburger Presse, was besonders beachtet zu werden verdient, in einem gleichlautenden Artikel eine zurückhaltende Stellung ein, indem sie erklären, daß man zunächst abwarten müsse, welches sozialistische und praktische Arbeitsprogramm das Kabinett vorlegt, bevor man entscheidet, "wie man sich ihm gegenüber in positivem, in negativem oder auch nur in kritisch abwartendem Sinn entscheidet".

Der Abgeordnete Trebitsch-Linawsky zeichnet sich durch besondere Energie, durch ausgesuchte Beziehungen zur Wirtschaft und eine ferne Gegnerschaft gegen Reichsrat Hugenberg aus. Er besitzt in besonderer hohem Maße das Vertrauen des Reichspräsidenten von Hindenburg. Seine politischen Ideen sind aber höchst verfänglich. Wenn dieser Versuch scheitert, schreibt er soeben in seinen "Volkskonservativen Stimmen", "wenn die Sicher zu erwartenden Widerstände unüberwindbar werden sollten, dann sind alle legalen Möglichkeiten zu einer Ordnung des deutschen Lebens erschöpft, dann bleibt nur noch Chaos oder Diktatur. Das ist der Sinn dieser Stunde". Ob der neue Reichskanzler Dr. Brüning diese Aussicht teilt? — Ob Dr. Bredt, der neue Reichsjustizminister, derselben Ansicht ist? Das sind offene Fragen, deren Beantwortung jedoch drängt.

Das neue Kabinett wird am Dienstag mit einer Regierungserklärung vor den Reichstag hinkommen. Die erste Kabinettserklärung zur Bekleidung dieser Erklärung stand bereits am Sonntag statt. Wie mag es dem neuen Kabinett im Parlamente wohl ergehen? Sein Schicksal hängt darüber bestimmt kein Zweifel, vollständig von der Entscheidung der deutschnationalen Reichstagsfraktion ab. Für das Kabinett werden sich in den günstigsten Fällen einzeln das Zentrum mit 61, die Deutsche Volkspartei mit 45, die Demokraten mit 25, die Wirtschaftspartei mit 28, die Christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft mit 22, die Bayerische Volkspartei mit 17, der Deutsche Bauernbund mit 8, die Deutsch-Hannoveraner mit 4 und die Aufwertungspartei mit 2 Stimmen, insgesamt also 207 Abgeordnete. Gegen das neue Kabinett befinden sich in Opposition die Kommunisten mit 54, die Sozialdemokraten mit 152 und die Nationalsozialisten mit 12 Abgeordneten, also insgesamt 218 Reichstagsabgeordnete. Enthalten sind die 84 Abgeordneten der Deutsch-nationalen Volkspartei der Abstimmung bei einem sicher zu erwartenden Majoritätsentsatz der Kommunisten oder Sozialdemokraten, dann ist das Kabinett gleich nach

Die neue Reichsregierung.



Reichsminister des Innern
Dr. Curtius.



Reichswirtschaftsminister
Dr. Dietrich.

Wib. Berlin, 30. März.
Der Reichspräsident hat den Reichstagabgeordneten Dr. Brüning zum Reichskanzler ernannt. Auf Vorschlag des Reichskanzlers hat der Herr Reichspräsident den Reichsminister Generalstaatssekretär a. D. Dr. h. c. Groener als Reichswehrminister; den Reichsminister Dr. Curtius als Reichsminister des Innern; den Reichsminister Prof. Dr. Molkenboer als Reichsminister der Finanzen bestätigt; ferner hat der Herr Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers den Reichsminister Dr. Wirth zum Reichsminister des Innern; den Reichsminister Dr. Dietrich zum Reichswirtschaftsminister; den Reichsminister Dr. Siegerwald zum Reichsarbeitsminister; den Reichsminister v. Guérard zum Reichsverkehrsminister; den Reichsminister a. D. Dr. Schiele zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft; das Mitglied des Reichstages Prof. Dr. Dr. Bredt zum Reichsminister der Justiz und das Mitglied des Reichstages Trebitsch-Linawsky zum Reichsminister für die besetzten Gebiete ernannt. Zum Stellvertreter des Reichskanzlers gemäß § 7 der Geschäftsvorordnung der Reichsregierung hat der Herr Reichspräsident auf Vorschlag des Herrn Reichskanzlers den Herrn Reichswirtschaftsminister Dr. Dietrich bestellt.

Die neuen Reichsminister gehören folgenden Parteien an:

Dr. Curtius (D.P.), Dr. Schiele (B.D.), Dr. Molkenboer (D.P.), Dr. Wirth (B.Z.), Dietrich (Dem.), Dr. Siegerwald (B.Z.), von Guérard (B.Z.), Dr. Schiele (D.N.), Professor Dr. D. Bredt (Wirtschaftsdp.) und das Mitglied des Reichstages Trebitsch-Linawsky (Volkskonserv.).

leiner Vorstellung gefallen. Offenbar rechnet aber der neue Kanzler und seine neuen Freunde Schiele und Trebitsch-Linawsky damit, daß etwa zwei Dutzend Mitglieder der deutsch-nationalen Reichstagsfraktion für das Kabinett stimmen werden, so daß eine Auflösung des Reichstages und ein vorübergehendes Regieren mit dem 48. Artikel der Reichsverfassung vermieden wird. Die Entscheidung liegt bei Hugenberg und seinen Freunden.

Wenn das Kabinett Brüning-Schiele die erwartete deutsch-nationale Hilfe nicht erhält, dann ist mit dem sofortigen Sturz der soeben gebildeten Reichsregierung und mit der Auflösung des Reichstags zu rechnen. Es muß mit Bestimmtheit angenommen werden, daß der Herr Reichspräsident

Dank des Reichspräsidenten

an Reichskanzler Müller.

W Berlin, 30. März. Der Herr Reichspräsident hat an den scheidenden Reichskanzler Hermann Müller folgendes Schreiben gerichtet:

"Sehr geehrter Herr Reichskanzler!

Ihrem Antrage auf Entlassung aus dem Amt als Reichskanzler habe ich in Würdigung der parlamentarischen Lage mit dem anliegenden Erlaß entsprochen. Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen beim Scheiden aus Ihrem verantwortungsvollen Amt namens des Reichs wie auch persönlich Dank und Anerkennung für Ihre pflichttreue, mühsame und stets vom Streben nach Sachlichkeit getragene Arbeit auszusprechen. Ich werde die Zusammenarbeit mit Ihnen in guter Erinnerung behalten.

Mit den besten Wünschen für Ihr Wohlergehen und freundlichen Grüßen bin ich

Ihr ergebener
Herr von Hindenburg."

Auch den übrigen aus dem Amt scheidenden Mitgliedern der Reichsregierung hat der Herr Reichspräsident bei der Übergabe der Entlassungsurkunden seines Dank für ihre Arbeit zum Ausdruck gebracht.

Dienstag Regierungserklärung.

W Berlin. Die nächste Reichstagssitzung findet am Dienstag nachmittag um 4 Uhr statt zur Entgegnahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Mandatsniederlegung des Reichsministers Schiele.

W Berlin. (Funkspruch.) Reichsnährungsminister Schiele hat in einem Schreiben vom heutigen Tage an den Präsidenten des Reichstages sein Mandat als Reichstagabgeordneter niedergelegt.

Die Amtsübernahme des neuen Kabinetts.

W Berlin. Wie wir erfahren, hat Reichskanzler Brüning heute früh sein Amt übernommen. Im Laufe des Vormittags ist auch die Amtsübergabe der einzelnen Ministerien an ihre neuen Leiter erfolgt. Gestern abend 8 Uhr wird der Reichskanzler sein Kabinett dem Reichspräsidenten vorstellen, der es dann vereidigen wird. Die ursprünglich beabsichtigte Kabinettseröffnung ist abgeagt worden. Dafür findet heute nachmittag 3.30 Uhr eine Ministerbesprechung statt, d. h. also eine Kabinettssitzung im engeren Kreise. In dieser Sitzung wird die Regierungserklärung ausgearbeitet und das Arbeitsprogramm bestimmt werden.

Amtsübergabe in der Reichskanzlei.

W Berlin. (Funkspruch.) In der Reichskanzlei fand heute vormittag 11 Uhr in feierlicher Form die Verabschiedung des bisherigen Reichskanzlers Müller und die Einführung des neuen Reichskanzlers Dr. Brüning statt.

Abschied des Reichskanzlers Müller.

W Berlin. (Funkspruch.) Der Herr Reichspräsident empfing heute vormittag den aus seinem Amt scheidenden Reichskanzler Hermann Müller zur Verabschiedung.

Leider von Hindenburg dem neuen Kanzler bereits die Vollmacht zur Auflösung des Reichstags gegeben hat für den Fall, daß das Finanzprogramm des Reichstags und das Dr.-Eckart-Programm, das soeben zwischen Dr. Brüning und Schiele vereinbart wurde, im Reichstag keine Mehrheit findet. Im Hause der Auflösung des Reichstages würden beide Programme auf dem Wege der Rotverordnungen bald in Kraft gesetzt werden. Die Entscheidung darüber, ob sie bestehen bleiben, abgeändert oder wieder verschwinden sollen, steht dann dem neuen Reichstag zu, da auf Grund des Artikels 48 alle Ausnahmeverordnungen auf Grund einer besonderen Ermaßigung des Reichspräsidenten dem Reichstag zu unterbreiten sind.